

Mit einer Flex haben drei Männer in Lüssum versucht, einen Zigarettenautomaten aufzubrechen. Doch weil es ihnen an der nötigen Stille fehlte, riefen sie gleich einen Nachbarn auf den Plan. Derschlug sie in die Flucht, zwei Verdächtige wurden festgenommen. Trotzdem bleibt es heiter: 20 Grad

IN ALLER KÜRZE

Motorradraser in Untersuchungshaft genommen

In Untersuchungshaft befindet sich seit Freitag der Motorradfahrer, der am 17. Juni mutmaßlich einen Fußgänger tot gefahren hat. Gegen ihn werde wegen Totschlags ermittelt, teilte am Montag die Bremer Staatsanwaltschaft mit. Sie gehe davon aus, dass der 23-Jährige „mit einer Geschwindigkeit von deutlich über 100 km/h durch Bremen gefahren ist“, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Dabei habe er Zusammenstöße mit anderen Verkehrsteilnehmern mit tödlichem Ausgang billigend in Kauf genommen. Der Mann hatte seine Rasereien mit einer Helmkamera aufgenommen und im Internet veröffentlicht. Seine Fanggemeinde wuchs nach dem Unfall noch einmal an. (taz)

Teurer Brückensprung

Teuer wird für einen 26-jährigen ein Sprung von der Bürgermeister-Smidt-Brücke in die Weser. Laut Polizei ist der Mann am Sonntag morgen in die Weser gesprungen und löste nach einem eingegangenen Notruf einen Großseilsatz aus, an dem Taucher sowie ein Rettungshubschrauber beteiligt waren. Ein Zeuge habe beobachtet, wie der Mann zuvor auf der Brücke Alkohol getrunken hatte, als er sich plötzlich auszog und in die Weser sprang, so die Polizei. (taz)

Bremer beantwortet Frage „Warum studieren?“

Den dritten Preis im Plakatwettbewerb „Warum studieren?“ des Deutschen Studentenwerks hat Raphael Wutz, Student an der Hochschule für Künste gewonnen. (taz)

HEUTE IN BREMEN

„Vorstufe zur Vernichtung“

VERNISAGE Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung von Ideen für ein „Arisierungs“-Mahnmal

taz: Herr Meyer, in der Bremischen Bürgerschaft werden ab heute Ideen für ein „Arisierungs“-Mahnmal ausgestellt, die im Rahmen eines Wettbewerbs entstanden sind, den die taz ausgelobt hat. Aber wer wäre eigentlich, der mit einem solchen Mahnmal erinnern würde?

Marcus Meyer: In diesem Fall erinnern zunächst einmal die Nachfahren der Täter an deren Tat. Wenn ein Mahnmal gut ist, bietet es aber mehrere Möglichkeiten zum Nachdenken – nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über deren Bedeutung für gegenwärtiges Handeln. Auch über den Begriff der „Arisierung“ kann man anlässlich dieser Debatte noch mal nachdenken...

Inwiefern? Eigentlich ist es Nazi-Sprache, ein Begriff aus der NS-Bürokratie, der verschleierte, dass es ein staatlich legitimierter Raub mit rassistischen Motiven war. Und in vielen Fällen: Raubmord. Es war die Vorstufe zur physischen Vernichtung – auf dem rassenideologischen Weg zu einem homogenen „Volkkörper“: Erst wurden die Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Leben gedrängt, es wurde ihnen etwa die Mitgliedschaft in Berufsverbänden verboten. Dann nahm man ihnen die Möglichkeit, ökonomisch zu existieren. Dann wurden sie deportiert und ihr geraubtes Eigentum den „Volksgenossen“ zum Kauf angeboten. **Auf welchem Weg entstehen Mahnmale in Deutschland?** Gerade wenn es um die negative Erinnerung geht, bei der ein Land sich nicht an seine großen Taten erinnert, sondern an seine Verbrechen, ist das in der Nachkriegszeit zunächst ein Prozess gewesen, der – etwa im Fall der Konzentrationslager – von Überlebenden angestoßen wurde. Es gibt anfangs keine staatliche Agenda der Erinnerung. Inzwischen kann man an den KZ-Gedenkstätten oder dem Holocaust-Mahnmal sehen, dass es

zur Staatsraison geworden ist, an die Opfer zu erinnern. Ein Prozess, der nach 1989 mit der Diskussion über das Verhältnis der Erinnerung an die DDR und an den Nationalsozialismus zusammenfällt.

Was geht bei dieser „Erinnerung von oben“ verloren? Volkhard Knigge, Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, hat mal gesagt: „Wir haben uns zu Tode gesiegt.“ Was er unter anderem meinte: Staatliches Gedenken ist eine große Errungenschaft und bringt finanziell gesicherte Rahmenbedingungen mit sich, geht aber auch mit Problemen einher. Es ist eben nicht mehr nur bürgerschaftliches Engagement, sondern auch mit politischen Interessen verbunden.

Etwa, indem das vereinte Deutschland nach 1989 mit Verweis auf die „erfolgreiche“ Vergangenheit bewältigung wieder Kriege führen konnte? So einfach und pauschal kann man das meines Erachtens nicht sagen, weil das Erinnern an den Nationalsozialismus nicht etabliert wurde, damit die BRD außenpolitisch wieder militärisch aktiv werden kann. Und auch unter den Repräsentanten einer staatlichen Erinnerungskultur gibt es viele kritische Geister, die sich gegen eine solche Form der Vereinnahmung wehren würden und gewährt haben.

INTERVIEW: JPB

■ Eröffnung der Ausstellung „Spuren der Beraubung – Ideen für ein Bremer ‚Arisierungs‘-Mahnmal“: 18 Uhr, Festsaal der Bremischen Bürgerschaft

■ 41. Historiker, Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung. Er war Jury-Mitglied des Ideen-Wettbewerbs.



Foto: dpa

Und immer wieder Keime

KRANKENHAUS Wegen „zahlreicher Hygienemängel“ wird die Gesundheit Nord auf über 100.000 Euro Schmerzensgeld verklagt. Die Klinik weist jedoch alle Vorwürfe von sich

VON JAN ZIER

Von seinen Krankenhauskeimen hat sich Franz Funke „nie wieder richtig erholt“. Sagt sein Sohn. Und so steht es jetzt auch in der Klageschrift. Wobei: Dass sein Vater daran gestorben ist, 2015 – so weit würde nicht mal Marcus Funke gehen. Fest steht nur, dass Franz Funke von MRSA-Bakterien besiedelt war, als er 2012 im Klinikum Links der Weser behandelt wurde. Und zwar gleich drei Mal.

Funke verklagt den kommunale Klinikverbund im Namen seiner Mutter nun auf 102.975 Euro Schmerzensgeld. Wegen „zahlreicher Hygienemängel“ und „systematischer Behandlungsfehler“ im Klinikum Links der Weser. Das Krankenhaus selbst weist freilich alle Vorwürfe von sich: Herr Funke sei „ordnungsgemäß und fachgerecht“ behandelt worden, schreibt der Anwalt der Gesundheit Nord.

Einer, der genau daran Zweifel hat, ist Walter Popp, der Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene. Er hat über die Behandlung des Herrn Funke ein zehnteiliges Gutachten geschrieben – und macht dem Krankenhaus nun große Vorwürfe. „Das Umgehen mit diesem MRSA ist oft schlecht dokumentiert und lässt sich kaum nachvollziehen“, heißt es da gleich zu Beginn. Sein Resümee: Die Behandlung „war nicht fachgerecht“.

Insgesamt lag Franz Funke 2012 drei Mal im Klinikum Links der Weser – im Januar, im Mai und im September. Gutachter Popp geht davon aus, dass Funke sich seine MRSA-Bakterien gleich bei seinem ersten Aufenthalt eingefangen hat. Und bis zum Schluss „nie suffizient saniert wurde“.

Schon einmal hat Popp der kommunalen Klinikverbund zahlreiche Missstände attestiert. Nach einem Keimausbruch auf der Frühchen-Station des Klinikums Bremen-Mitte beauftragte ihn die hiesige Staatsanwaltschaft. Drei Frühgeborene waren 2011 nach einer Infektion mit dem Darmkeim ESBL in der Klinik gestorben, weitere Babys erkrankten. „Viel mehr Mängel als hier kann man nicht mehr



2011 waren Keime für den Tod mehrerer Frühchen in Bremen verantwortliche Foto: Carmen Jaspersen/dpa

finden“, sagte Popp hinterher dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. „Bei der Summe der Defizite kann man von Fahrlässigkeit sprechen.“ Dem Klinikmanagement attestierte er damals „totales Organisationsverschulden“.

Im vorliegenden Fall beklagt Funks Anwalt Lovis Wambach „zahlreiche Verstöße gegen medizinische Facharztstandards“ im Klinikum Links der Weser. Er spricht aber nicht nur von acht Verletzungshandlungen in acht Monaten und einer Behandlung mit Medikamenten „zweiter Wahl“. Sondern auch von einem Angriff auf die Menschenwürde und die Freiheit der

Person: Funke sei isoliert worden und habe „zahlreiche Lebensbeeinträchtigungen“ hinnehmen müssen, so Wambach. Angehörige durften ihn nur mit Mittel, Haube, Mundschutz und Handschuhen besuchen. Er habe unter der „weitgehenden Kontaktlosigkeit sehr gelitten“, schreibt der Anwalt. Der Vorwurf, Funke sei zum „bloßen Objekt“ herabgestuft worden, „entbehrt jeder Grundlage“, antwortet Ralph Meyer im Hagen, der die Klinik vertritt. Im übrigen seien Einzelzimmer für MRSA-Patienten „allgemein üblich und erforderlich“.

Aber da ist noch etwas: Als Franz Funke am 10. Mai um

9:51 Uhr in die Klinik eingeliefert wird, wird ihm MRSA-Freiheit bescheinigt. Um 11:44 Uhr ist der Befund positiv. Also war entweder das erste Testergebnis falsch – davon geht der Gutachter aus. Oder der damals 91-jährige hat sich seinen Krankenhauskeim innerhalb von nicht mal zwei Stunden eingefangen. Das findet Wambach „außerordentlich unwahrscheinlich“. Er vermutet „eine vorsätzliche Manipulation von Daten“. Der Anwalt der Gegenseite wiederum glaubt, dass Funke sich seinen MRSA-Keim schon von zu Hause „mitbrachte“. Der Sprecher des Klinikverbundes will sich auf Nachfrage „zunächst nicht öffentlich zu dem Fall äußern“.

2012, als sich Franz Funke mit MRSA infiziert, werden in den kommunalen Kliniken gerade die Hygiene-Standards verschärft, insbesondere im Umgang mit Risikopatienten wie Funke. Der ist schon betagt, als er wegen einer Oberschenkelhalsfraktur eingeliefert wird, Parkinson hat er auch. Das Klinikum Links der Weser verweist in diesem Zusammenhang auf die „Bremer Vereinbarungen“, die sogar über die Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes hinausgingen. Sie hätten „den Status einer Dienstvereinbarung“ und würden, so ein Kliniksprecher, „natürlich“ durch Mitarbeiter der Krankenhaushygiene und Vorgesetzte kontrolliert.

Gefährliche Keime im Krankenhaus

- Etwa 30 Prozent der Bevölkerung tragen den Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus (MRSA) regelmäßig in der Nase und auf der Haut. Gefährlich ist MRSA für Patienten mit geschwächtem Immunsystem, frühgeborene Babys und chronisch Kranke. Eine Infektion kann zu Lungenentzündung oder Blutvergiftung führen.
- Neben MRSA lösen auch ESBL (Beta-Lactamase produzierende Enterobakterien) Infektionen in Kliniken aus. Gegen beide helfen Antibiotika nur schlecht oder gar nicht. Solche Resistenzen nehmen zu, weil Antibiotika zu häufig und unsachgemäß eingesetzt werden – in der Medizin, der Landwirtschaft und der Tierzucht.
- Rund 400.000 bis 600.000 Krankenhausinfektionen gibt es hierzulande laut Robert-Koch-Institut jährlich, daran sterben 10.000 bis 15.000 Menschen. Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht von bis zu 40.000 Todesfällen aus.
- Ein Drittel der Infektionen wäre Experten zufolge bei konsequenter Hygiene vermeidbar.
- Jede Infektion mit multiresistenten Keimen kostet im Schnitt mit 17.500 Euro, sagt die Techniker Krankenkasse (taz)

fig und unsachgemäß eingesetzt werden – in der Medizin, der Landwirtschaft und der Tierzucht. Rund 400.000 bis 600.000 Krankenhausinfektionen gibt es hierzulande laut Robert-Koch-Institut jährlich, daran sterben 10.000 bis 15.000 Menschen. Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht von bis zu 40.000 Todesfällen aus. Ein Drittel der Infektionen wäre Experten zufolge bei konsequenter Hygiene vermeidbar. Jede Infektion mit multiresistenten Keimen kostet im Schnitt mit 17.500 Euro, sagt die Techniker Krankenkasse (taz)

Neue Spielplatzfreunde

KINDER Gegen den Plan der rot-grünen Regierung, Kindergärten aus finanzieller Not auf Spielflächen zu bauen, protestiert jetzt die grüne Partei

„Mehr Flächen für Kinderspiel“ fordern jetzt auch die Bremer Grünen – aber nicht die Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, sondern die Partei. „Das Kinderrecht auf Kinderspiel darf nicht gegen das Kinderrecht auf Betreuung ausgespielt werden“, sagte am Montag Landesvorsitzsprecher und Fraktionsmitglied Ralph Saxe. Damit befindet er sich auf einer Linie mit dem Bündnis „Grünes Bremen“, das gegen die Pläne der rot-grünen Koalition protestiert, Kin-

dergärten auf Spielflächen zu bauen. Zehn bedrohte Spielplätze listet das Bündnis auf seiner Homepage auf. Für zwei von ihnen engagieren sich Eltern mit Unterschriftensammlung-

„Wir Grüne halten den Widerstand für berechtigt“

KAI WARGALLA, GRÜNE PARTEICHEFIN

gen und Festen: Für den an der Corveystraße in Findorff sowie an der Tieckstraße in der Neustadt. „Beide Spielplätze sind gut angenommene Spielflächen“, sagt jetzt die grüne Partei. Und: „Wir halten den Widerstand gegen deren Bepflanzung für berechtigt.“ Gerade in mit Spielflächen unterversorgten Stadtteilen dürften öffentliche Spielplätze für Kinder nicht weiter reduziert werden. Deshalb brauche es eine „umfassende Prüfung von Alternativen – unter gründlicher Abwägung mit den Betroffenen“, sagt Saxes Kollegin Kai Wargalla. Und schiebt gleich – offenbar ahnt sie, wie die Prüfung ausfallen wird – hinterher: „Außerdem ist dann in der Nähe eine möglichst gleichwertige Fläche als Ausgleich zu schaffen.“ Das Bündnis für ein grünes Bremen, das für ausreichende Spielmöglichkeiten für Kinder eintritt, hatte gerügt, dass Bremen sich dem Leitbild der „beispielbaren Stadt“ verschrieben hat, aber zu wenig dafür tut, dass dessen Vorgaben erfüllt werden. Der Versorgungsgrad mit Spielflächen liege im Durchschnitt bei 43 Prozent, in einigen Stadtteilen sogar weit darunter. EIB